

Tagesordnung 1 Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 07.07.2005

Vorlage Nr. 05-F-05-0007

**"Universitätsstandort Wiesbaden"
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 09.06.2005 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die sich jetzt bietende Chance, Wiesbaden als Hochschul- und Universitätsstandort zu etablieren und weiterzuentwickeln, darf nicht ungenutzt bleiben.

Die European Business School (ebs) hat bereits mehrfach Interesse bekundet, einen Teil ihres Lehrangebots, ihrer Forschungstätigkeit und ihrer Hochschulverwaltung in unsere Stadt zu verlegen. Der Bezug von Räumlichkeiten im Schiersteiner Rheingau-Palais stellt insofern nur den ersten Schritt der Verwirklichung dieses Vorhabens dar.

Als potentieller Standort eines Wiesbadener Universitätsangebots durch die European Business School kommt das Areal zwischen Moritz- und Oranienstraße bzw. Gerichts- und Albrechtstraße mit dem denkmalgeschützten Landgerichtsgebäude in Betracht, nachdem die Realisierung des Justiz- und Verwaltungszentrums an der Mainzer Straße im Jahr 2008 wahrscheinlich geworden ist.

Der Magistrat wird daher beauftragt, mit den Entscheidungsorganen der European Business School zu klären, unter welchen Voraussetzungen die European Business School sich eine Hochschulnutzung des Landgerichtsareals vorstellen kann, und die European Business School mit der Ausarbeitung einer konkreten, für die Stadt aber kostenlosen und unverbindlichen Planung zu beauftragen.

Änderungsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Nach Absatz 2 im Antrag der FDP-Fraktion wird folgender Satz eingefügt:

Der Magistrat wird daher gebeten, über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft „Folgenutzungen leer stehender Gebäude des Landes“ zu berichten unter dem Gesichtspunkt, welche räumlichen Möglichkeiten sich für die ebs ergeben.

Die darauffolgenden Absätze im Antrag der FDP-Fraktion entfallen.

Beschluss Nr. 0057

Der Ausschuss für Schule und Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

1. Die sich jetzt bietende Chance, Wiesbaden als Hochschul- und Universitätsstandort zu etablieren und weiterzuentwickeln, darf nicht ungenutzt bleiben.
2. Die European Business School (ebs) hat bereits mehrfach Interesse bekundet, einen Teil ihres Lehrangebots, ihrer Forschungstätigkeit und ihrer Hochschulverwaltung in unsere Stadt zu verlegen. Der Bezug von Räumlichkeiten im Schiersteiner Rheingau-Palais stellt insofern nur den ersten Schritt der Verwirklichung dieses Vorhabens dar.
3. Als potentieller Standort eines Wiesbadener Universitätsangebots durch die European Business School kommt das Areal zwischen Moritz- und Oranienstraße bzw. Gerichts- und Albrechtstraße mit dem denkmalgeschützten Landgerichtsgebäude in Betracht, nachdem die Realisierung des Justiz- und Verwaltungszentrums an der Mainzer Straße im Jahr 2008 wahrscheinlich geworden ist.
4. Der Magistrat wird daher beauftragt, mit den Entscheidungsorganen der European Business School zu klären, unter welchen Voraussetzungen die European Business School sich eine Hochschulnutzung des Landgerichtsareals vorstellen kann, und die European Business School mit der Ausarbeitung einer konkreten, für die Stadt aber kostenlosen und unverbindlichen Planung zu beauftragen.
5. Der Magistrat wird daher gebeten, über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft „Folgenutzungen leer stehender Gebäude des Landes“ zu berichten unter dem Gesichtspunkt, welche räumlichen Möglichkeiten sich für die ebs ergeben.

Tagesordnung III

Wiesbaden, .07.2005

Scholz
Vorsitzende